



Dr. Reinhard Brandl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede im Deutschen Bundestag
am 20. Oktober 2011

Bund investiert 4,7 Milliarden Euro in den Ausbau der Studienplätze

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

2007 wurde zwischen dem Bund und den Ländern der Hochschulpakt geschlossen. Wenn man sich die Entwicklung bei den Studienanfängern seither anschaut, wird deutlich, welch großer Wurf

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Das von der SPD war!)

damals unter Führung von Bundesministerin Schavan gelungen ist.

(Zuruf von der SPD: Das kann nicht sein!)

Man ging 2007 davon aus, dass bis 2010 91 000 neue Studienplätze geschaffen werden müssen. Die Basis damals waren die Zahlen von 2005. 2005 haben 356 000 junge Menschen ein Studium begonnen. Das waren 37 Prozent des Altersjahrgangs. Im Jahr 2010 waren es über 440 000 Studienanfänger; das waren 46 Prozent des Altersjahrgangs.

(René Röspel [SPD]: Weil Rüttgers 2005 die Studiengebühren eingeführt hat! Gucken Sie sich das einmal an! Sie haben die erst mal runtergedrückt! Unfassbar!)

Das war ein Rekordwert. Die ursprüngliche Zielmarke aus dem Jahr 2007, nämlich 91 000, wurde mit 182 000 zusätzlichen Studienanfängern zwischen 2007 und 2010 bei Weitem übertroffen. Das zeigt, wie wichtig dieser Hochschulpakt war und wie richtig es war, dass wir ihn damals mit Ihnen und gemeinsam mit den Ländern eingeführt haben.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Deshalb freuen wir uns ja!)

Der Hochschulpakt wird fortgeführt. 2009 wurde die Verlängerung des Hochschulpakts beschlossen. Bis 2015 werden wir weiterhin investieren. Wir werden ihn auch darüber hinaus verlängern, falls es notwendig ist.

Wir haben in diesem Jahr sehr flexibel reagiert, als wir vor dem Hintergrund der Aussetzung der Wehrpflicht gemeinsam mit den Ländern die Anzahl der Studienplätze noch einmal erhöht haben.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Sie haben gar nichts gemacht! Sie haben unseren Antrag abgelehnt!)

Allein in der zweiten Programmphase investiert der Bund 4,7 Milliarden Euro in den Ausbau der Studienplätze.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das unterstreicht deutlich: Die Förderung von Bildung und Forschung ist und bleibt ein Schwerpunkt der Arbeit dieser Koalition.

Natürlich wollen wir auch die Lehre verbessern.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Tun Sie das doch!)

Dafür gibt es den Qualitätspakt Lehre; der Kollege Schipanski hat ihn bereits angesprochen. In der ersten Auswahlrunde wurden 111 Hochschulen aus allen Regionen Deutschlands ausgewählt, die in den nächsten fünf Jahren unterstützt werden, damit sie die Studienbedingungen und die Lehrqualität verbessern können. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Versuch, die Verbesserung der Lehre über den Anreiz einer Abschlussprämie zu erreichen, ist fragwürdig. Das wäre dann sinnvoll, wenn es einheitliche und zentrale Prüfungen gäbe. Das möchte aber niemand. Wenn Sie den Hochschulen Geld entsprechend der Anzahl der bestandenen Prüfungen geben, die sie selbst stellen und selbst bewerten, besteht die Gefahr, dass die Prüfungen leichter werden und sich nichts verbessert. Das wäre der falsche Ansatz. Wir wollen bei einer großen Zahl von Studenten ein qualitativ hohes Niveau der Abschlüsse beibehalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Blubber, blubber!)

Verehrte Kollegen von der SPD, wenn Sie ernsthaft etwas für die Verbesserung der Studienbedingungen tun möchten, dann reden Sie einmal mit Ihren Kollegen in den Landesregierungen, zum Beispiel in NRW.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Es reicht! Echt!)

Dort wurde ein großes Wahlversprechen eingelöst und die Studienbeiträge gestrichen.

(Beifall des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Nur hat die rot-grüne Landesregierung den zweiten Teil ihres Wahlversprechens nicht eingelöst,

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

nämlich den Hochschulen den Ausfall vollständig zu kompensieren.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Das ist unerhört! – Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Das stimmt einfach nicht! Befassen Sie sich mal mit den Fakten!)

Im ganzen Land werden Assistentenstellen und Tutorien gestrichen:

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Ungeheuerlich!)

Aachen, Köln, Bonn, Wuppertal, Münster. Ich könnte die Liste fortführen. Von überall erreichen uns die Klagen. So haben sich die Studenten und die Hochschulen das Wahlgeschenk nicht vorgestellt.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Pfui! – Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Genau so ist es! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt dafür eine volle Kompensation!)

Das Ganze geschah zu einem Zeitpunkt, an dem absehbar war, dass aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht die Anzahl der Studienanfänger auch in NRW massiv ansteigen würde.

(René Röspel [SPD]: Die Aussetzung der Wehrpflicht war nicht einmal für die CSU absehbar!)

Dass Ministerin Schulze in ihrer Pressekonferenz zum Semesterbeginn nicht gesagt hat, wie sie diese Finanzierungslücke schließen will, zeigt, dass dort, wo die SPD Verantwortung trägt, den Studienbedingungen kein hoher Stellenwert eingeräumt wird, obwohl Sie das hier vollmundig verkünden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)